

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Maisch, Renate Künast, Bärbel Höhn,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/12694 –**

Für eine moderne und nachhaltige Verbraucherpolitik

A. Problem

Laut der Antragsteller stellt Verbraucherpolitik als Querschnittsaufgabe das Wohl der Verbraucherinnen und Verbraucher in den Mittelpunkt und überprüft politische Maßnahmen auf ihre Verbrauchertauglichkeit. Der Verbraucherpolitik der Bundesregierung fehlt vor dem Hintergrund der Entwicklung der Märkte und Verbrauchererwartungen nach Darstellung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine politische Strategie, um die drängenden verbraucherpolitischen Herausforderungen zu meistern und der veränderten Rolle der Konsumentinnen und Konsumenten in den Märkten Rechnung zu tragen. Neue Trends und Erkenntnisse der Verbraucherforschung werden laut der Antragsteller von der Bundesregierung nicht aufgegriffen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/12694 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, durch die Umsetzung eines umfangreichen verbraucherpolitischen Maßnahmenbündels für mehr Verbraucherschutz am Finanzmarkt, für den besseren Schutz vor unseriösen Geschäftspraktiken, für die Verbesserung des digitalen Verbraucher- und Datenschutzes sowie für eine verbrauchergerechte Energiewende zu sorgen. Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich gemäß den Forderungen der Antragsteller für mehr Sicherheit und Täuschungsschutz bei Lebensmitteln, für gesunde, nachhaltige Ernährung, für nachhaltigen Konsum und mehr Produktsicherheit sowie für wirkungsvolle Verbraucherrechte, Verbraucherbildung und -forschung einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/12694 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2013

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender

Mechthild Heil
Berichterstatterin

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatterin

Dr. Erik Schweickert
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Nicole Maisch
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Mechthild Heil, Elvira Drobinski-Weiß, Dr. Erik Schweickert, Caren Lay und Nicole Maisch

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/12694** in seiner 229. Sitzung am 15. März 2013 erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Expandierende und sich immer weiter ausdifferenzierende Märkte der ehemals privat oder staatlich erbrachten Daseinsvorsorge wie der Pflege, der privaten Altersvorsorge, der Energie oder der Telekommunikation konfrontieren laut Antragsteller Privathaushalte mit Vertragsabschlüssen von großer Tragweite. Dies erfordert nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein besonders hohes Verbraucherschutzniveau, schlagkräftige Aufsichtsbehörden mit Verbraucherschutzmandat, gute Möglichkeiten der (auch kollektiven) Rechtsdurchsetzung und starke Akteure an der Seite der Konsumentinnen und Konsumenten – etwa durch die Stärkung der Marktwächterfunktion der Verbraucherzentralen im Finanz- und Energiemarkt.

Moderne Verbraucherpolitik befähigt nach Meinung der Antragsteller Verbraucherinnen und Verbraucher, aktiv am Markt teilzuhaben und bewusste Entscheidungen zu treffen – durch Transparenz und unabhängige, leicht nutzbare Verbraucherinformationen, durch Verbraucherrechte, durch eine starke, unabhängige Verbrauchervertretung durch die Verbraucherverbände und neue Formen der Partizipation. Laut Antragsteller stellt Verbraucherpolitik als Querschnittsaufgabe das Wohl der Verbraucherinnen und Verbraucher in den Mittelpunkt und überprüft politische Maßnahmen auf ihre Verbrauchertauglichkeit.

Der Verbraucherpolitik der Bundesregierung fehlt vor dem Hintergrund der Entwicklung der Märkte und Verbrauchererwartungen nach Darstellung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine politische Strategie, um die drängenden verbraucherpolitischen Herausforderungen zu meistern und der veränderten Rolle der Konsumentinnen und Konsumenten in den Märkten Rechnung zu tragen. Neue Trends und Erkenntnisse der Verbraucherforschung werden laut Antragsteller von der Bundesregierung nicht aufgegriffen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/12694 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- für mehr Verbraucherschutz am Finanzmarkt unter anderem
 - eine einheitliche Finanzaufsicht für alle Produkte inklusive Versicherungen und alle Vertriebswege durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zu schaffen und kollektiven Verbraucherschutz als deren Kernaufgabe gesetzlich zu verankern,
- eine gesetzliche Grundlage und finanzielle Ausstattung für einen durch die Verbraucherzentralen getragenen Finanzmarktwächter zu schaffen,
- zum Schutz vor unseriösen Geschäftspraktiken unter anderem
 - den Missbrauch des Abmahnwesens wirksam einzudämmen, indem zum Beispiel im Urheberrecht der Streitwert bei natürlichen Personen begrenzt, der fliegende Gerichtsstand abgeschafft, der Drittauskunftsanspruch nur bei Handeln im geschäftlichen Verkehr besteht und der zu Unrecht Abgemahnte einen echten Gegenanspruch hat,
 - Inkassounternehmen strenger zu regulieren, indem Kosten begrenzt und umfassende Darlegungs- und Informationspflichten sowie Sanktionsinstrumente geschaffen werden,
- zur Verbesserung des digitalen Verbraucher- und Datenschutzes unter anderem
 - das bestehende Ordnungsrecht mit präventiv wirkenden Konzepten wie Privacy by Design, Systemdatenschutz sowie unabhängig vergebenen Gütesiegeln und Auditierungen weiter zu ergänzen und zu verschränken,
 - sich für eine umfassende EU-Datenschutzreform, bei der die Schaffung eines hohen Datenschutzstandards für die Verbraucher im Mittelpunkt steht, einzusetzen und auf bereichsspezifische, risikoadäquat ausgerichtete und möglichst konkrete Ausformulierungen der allgemeinen Datenschutzgrundsätze hinzuwirken,
- für eine verbrauchergerechte Energiewende unter anderem
 - bezahlbare Energie für Verbraucherinnen und Verbraucher zu sichern, für eine gerechte Aufteilung der Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu sorgen und hierfür die Industrieprivilegien im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf den Stand von 2008 zurückzuführen und die Ausweitung der Befreiungen für die stromintensiven Unternehmen in § 19 der Stromnetzentgeltverordnung rückgängig zu machen sowie als Ausgleich für die Preissenkungen beim Börsenstrom für privilegierte Unternehmen eine EEG-Umlage in Höhe von 0,5 Cent einzuführen,
 - einen neuen, mit jährlich 3 Mrd. Euro ausgestatteten Energiesparfonds aufzulegen, aus dem Energieeffizienzmaßnahmen insbesondere für einkommensschwache Haushalte finanziert werden, wie beispielsweise die Förderung des Austauschs von stromintensiven Haushaltsgeräten oder die energetische Gebäudesanierung sowie verstärkte Energieberatung und Informationen,

- für Sicherheit und Täuschungsschutz bei Lebensmitteln unter anderem
 - gemeinsam mit den Ländern die Erkenntnisse des Bundesrechnungshofgutachtens umzusetzen und eine solide finanzierte Lebensmittelkontrolle nach einheitlichen Standards zu gewährleisten,
 - freiwillige und staatliche Kontrollen besser miteinander zu verzahnen und schlagkräftige Strukturen für den Krisenfall zu schaffen,
- für gesunde, nachhaltige Ernährung unter anderem
 - eine ernährungspolitische Strategie zu entwickeln, die die Themenfelder Ernährung, Gesundheit und Nachhaltigkeit systematisch integriert, wissenschaftlich belegte, gut funktionierende Maßnahmen bündelt und dauerhafte Strukturen zur Förderung einer gesunden Ernährungsweise und Prävention von Fehlernährung schafft,
 - sich gemeinsam mit den Ländern für das Ziel einzusetzen, flächendeckend gesunde und für jedes Kind erschwingliche Kita- und Schulessen anzubieten,
- für nachhaltigen Konsum und mehr Produktsicherheit unter anderem
 - Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage zu versetzen, nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen bewusst den Vorzug zu geben, indem verständliche, transparente und zuverlässige Kennzeichnungsregelungen und eine ehrliche Preisstruktur geschaffen werden,
 - die Vorbildwirkung öffentlicher Einrichtungen durch Vorgaben bei der Beschaffung und Vergabe zu stärken,
- für wirkungsvolle Verbraucherrechte, Verbraucherbildung und -forschung unter anderem
 - den kollektiven Rechtsschutz zu verbessern, indem Verbraucher ihre Ansprüche im Wege einer Gruppenklage geltend machen können,
 - zur Kompensation der durch Kartelle und Wettbewerbsverletzungen hervorgerufenen Schäden der Verbraucherinnen und Verbraucher die Arbeit der Stiftung Verbraucherschutz finanziell zu stärken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 135. Sitzung am 5. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und

FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/12694 abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 143. Sitzung am 5. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/12694 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 113. Sitzung am 5. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/12694 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 106. Sitzung am 5. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/12694 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 101. Sitzung am 5. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/12694 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 89. Sitzung am 5. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/12694 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/12694 in seiner 95. Sitzung am 5. Juni 2013 abschließend ohne Debatte beraten. Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Berlin, den 5. Juni 2013

Mechthild Heil
Berichterstatterin

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatterin

Dr. Erik Schweickert
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Nicole Maisch
Berichterstatterin

